

Peter Hartmann, Kantonsrat SP

Kurzfassung

Zechprellerei des Kantonsrates verhindern!

Vordergründig geht es um die Einmaleinlage in die St.Galler Pensionskasse. Das Hauptproblem stellt jedoch die in Auflösung begriffene Vertrauensbasis zwischen den Angestellten des Kantons, der Spitäler und der Schulen und der kantonalen Politik dar.

Bis Ende 2013 zeichneten Regierung und Kantonsrat alleine für die Versicherungskassen des Staatspersonals und der Lehrkräfte verantwortlich. Sie bedienten sich auch dementsprechend des Kapitals der beiden Kassen. Stichworte: Gewinnabschöpfung in den allgemeinen Staatshaushalt, Beitragssenkungen zur Entlastung des Staatshaushaltes, Lobbying für das Bundesverwaltungsgericht mit dem Boden im Besitz der Versicherungskasse des Staatspersonals. Mit der Verselbständigung der Pensionskassen wurde mit der Ausfinanzierung Unterdeckung die Rechnung präsentiert. Diese Rechnung wurde auf ein absolutes Minimum reduziert und das Personal auch noch mit einem Sanierungsbeitrag von über 70 Mio. Franken zur Kasse gebeten. Eine Forderung blieb offen: Die Regierung stellt öffentlich klar, dass sie den Kanton in der Verantwortung für seine ehemaligen und bis Ende 2013 pensionierten Angestellten und die Lehrkräfte sieht, sollte der technische Zinssatz um 0,5% gesenkt werden müssen.

Für die Finanzierung der Rentenansprüche seiner bis Ende 2013 pensionierten Mitarbeitenden stellt jetzt die Regierung den Antrag für eine Einmaleinlage von 202,5 Mio. Franken. Die Finanzkommission beantragt nun, auf die Vorlage nicht einzutreten und nichts zu zahlen. Das ist Zechprellerei: Während Jahrzehnten die Vorsorgegelder des Personals und der Lehrkräfte nutzen und abschleichen, wenn es um die Begleichung der Rechnung geht.

„Verantwortung für die Entscheide übernehmen“ – das muss auch in der Politik gelten! Daneben steht die Haltung von Regierung und vor allem des Kantonsrates gegenüber dem Personal zur Diskussion. Seit Jahren keine Reallohnentwicklung, keine Stellen für zusätzliche Aufgaben aus Beschlüssen des Parlamentes, mehr Druck am Arbeitsplatz. Frustrierend ist die Geringschätzung der Arbeit des Staatspersonal, des Personals der Spitäler und der Lehrkräfte durch den Kantonsrat. Dies lässt die Vertrauensbasis zwischen Personal und Politik zerbröckeln. Dies wird lange spürbar sein und dem Standort St.Gallen massiv schaden.